



Presseinformation

Nr. 169/2011

Kiel, Donnerstag, 24. März 2011

Proteste gegen Neo-Nazi-Demonstration

Jens-Uwe Dankert: Zivilcourage mit rechtsstaatlichen Mitteln zeigen

In seiner Rede zu **Top 12** (Für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein) sagt der FDP-Landtagsabgeordnete, **Jens-Uwe Dankert**:

„Am kommenden Sonnabend wird die Hansestadt Lübeck erneut im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, weil Rechtsextremisten einen Gedenktag für ihre Propaganda missbrauchen. Das fordert alle demokratischen Kräfte geradezu heraus, zu diesem Geschehen Position zu beziehen.“ Die Rechtsextremisten würden auch dieses Jahr den Tag wieder nutzen, um ihre faschistische Gesinnung offen zu zeigen und für ihre menschenverachtenden Ziele zu werben, kritisiert Dankert.

„Erfreulicherweise gibt es auch in diesem Jahr wieder ein breites Bündnis aus Demokraten, das gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen protestiert. Und doch wird das Zusammenstehen der Demokraten in diesem Jahr wieder durch das unbedachte Verhalten Einzelner getrübt werden.“ Dankert stellt klar, dass jene Wortführer aus dem linken Lager und ebenso Abgeordnete des Landtages, die zu Blockaden aufriefen, Schwierigkeiten mit den demokratischen Gepflogenheiten zu haben scheinen. Sie suchten die bewusste Konfrontation mit der Polizei und bewiesen ihr mangelndes Interesse an Deeskalation. Sie könnten sich mit dieser Aktion nicht auf das Demonstrationsrecht berufen, stellt Dankert klar.

„Wir Liberale beteiligen uns daher - wie im Übrigen alle wahren Demokraten – nicht an Aufrufen zu Blockaden, sondern werden einen friedlichen Protest, gemeinsam mit Kirchen und bürgerlichen Parteien, durchführen.“ Ganz unabhängig davon, wie die Aufforderung zu und die aktive Mitwirkung an Blockaden strafrechtlich zu bewerten sei, allein die bloße Aufforderung wäre falsch, völlig unangemessen und erschwere den eingesetzten Polizeibeamten ungemein ihre Arbeit. Den mehr als 1000 eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stehe am Samstag ein schwerer Einsatz bevor und die FDP-Fraktion bekunde den eingesetzten Polizeibeamten Dank und Anerkennung für ihre schwere Arbeit.

Frank Zabel, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: info@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

www.fdp-sh.de

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer